

Die Kriegsnot der mittleren Beamten.

Aus den Kreisen der mittleren Beamten wird uns geschrieben:

Im Jahre 1914 — vor Ausbruch des Weltkrieges — als die Bevölkerungspolitiker den Ruf „Mehr Kinder!“ immer lauter erklingen ließen, schrieb in einer Berliner Zeitung ein etatsmäßiger mittlerer Justizbeamter aus einer Mittelstadt Schlesiens eine recht interessante Auslassung. Nachdem er das Zweikindersystem als wirtschaftliche Notwendigkeit für viele Kreise, eine freiwillig kinderlose Ehe aber als „überhaupt keine Ehe“ bezeichnet hatte, fuhr er fort: „Ich bin 30 Jahre alt und beziehe 1800 M. Gehalt und 520 M. Wohnungsgeldzuschuß. Nächstezeit will ich Ihnen eine Aufstellung meines Etats vor der Geburt des ersten Kindes geben, mit dem Bemerkten, daß ich hier eine billigere Wohnung nicht finde, daß wir sehr einfach essen und an den übrigen Posten von selbst sich nichts streichen läßt.“

Ausgaben vierteljährlich:

1) Miete (für eine sehr beschränkte Dreizimmerwohnung 650 M.)	162,50 M.
2) Wirtschaftsgeld (monatlich 80 M. bei sehr hohen Lebensmittelpreisen)	240,— „
3) Steuern, rund	18,— „
4) Kohle, durchschnittlich	30,— „
5) Licht	10,— „
6) Lohn für ein 16jähriges Bedienungsmädchen auf drei Stunden den Tag	30,— „
7) Lebensversicherungsprämie	40,— „
8) Kriegervereinsbeitrag	1,50 „
9) Wäsche (vierteljährlich)	12,— „
10) Versicherungsmarken und Driskrantentasse für das Bedienungsmädchen, zusammen	5,46 „
11) Feuer- und Einbruchdiebstahl- sowie Haftpflichtversicherung	9,70 „
12) Zeitungen	5,50 „
Gesamtausgabe	564,66 M.

Einer Einnahme von 580 M. stehen 564,66 M. Ausgaben gegenüber, so daß ganze 15,34 M. für das Vierteljahr übrig bleiben. Wovon bezahlt man nun Kleidung, Schuhwerk, Weihnachtsgeschenke für das Bedienungsmädchen und die vielen kleinen Ausgaben, die dauernd an jeden Menschen herantreten? Oder gar Krankheiten?

So also sieht es aus ohne Kinder. Wie aber erst mit Kindern! Es bleibt mir nichts übrig, als jedes Jahr ein kleines Darlehen aufzunehmen und auf die erste Gehaltszulage zu warten.

Sobald ich diese, 300 M., habe, fange ich damit an, die alten Bären abzubinden, und stehe damit auch nicht besser als vor der Zulage.

Was sollen nun Leute tun, die zwei und mehr Kinder haben? Können Sie denen eine andere Rechnung aufmachen? Der Kernpunkt der Geburtenfrage liegt meines Erachtens nicht in Konzeptionsmitteln, sondern in wirtschaftlichen Fragen. Bei Beamten wiederum nicht in der in weiter Ferne schwebenden Höhe des Endgehaltes, sondern in den geringen Anfangsgehältern. Viele, die in den ersten Jahren wirtschaftlich gezwungen sind, ihre Kinderzahl zu beschränken, sind in den späteren Jahren so mürbe geworden, daß sie allgemeinen Interessen gegenüber gleichgültig bleiben. Es ließe sich darüber noch viel sagen, ich wollte aber nur diejenigen Leute rechtfertigen, die nur ein oder zwei Kinder und kein ausreichendes Einkommen haben.“

Man kann nicht behaupten, daß der Beamte, der uns hier in seinen Wirtschaftsplän Einblick gibt, die Reigung hätte, über seine Verhältnisse zu leben. Wenn sich auch bei manchem seiner Amtsgenossen das Bild dadurch etwas anders gestaltet, daß er vielleicht statt einer Lebensversicherungsprämie von jährlich 160 M. nur einen Sterbekassenbeitrag von 20 bis 30 M. zahlt und auf ein Bedienungsmädchen verzichtet, so darf man doch wohl das Beispiel als vorbildlich ansehen. Ich habe nicht den Vorzug, den Herrn zu kennen, will aber annehmen, daß er nicht im Felde steht, die fällig gewesene Gehaltszulage inzwischen erhalten, aber weder in der Lotterie gewonnen noch eine Erbschaft gemacht hat. Da er Anhänger des Zweikindersystems ist, dürfen wir vielleicht voraussetzen, daß er jetzt die Kosten des Lebensunterhalts für sich, seine Frau und zwei Kinder zu bestreiten hat. Dazu stehen ihm jährlich zur Verfügung 2620 M. Diensteinkommen und 420 M. Kriegsbeihilfe (die in dieser Höhe allerdings erst seit dem 1. April 1917 gewährt wird), zusammen also 3040 M., das sind vierteljährlich 755 M.

Nehmen wir an, daß er sich im Hinblick auf die Geldknappheit und die Verpflegungsschwierigkeiten trotz der